

## Stadt Leverkusen

## NIEDERSCHRIFT

über die 22. Sitzung (19. TA)

des Ausschusses für Soziales,

Gesundheit und Senioren

am Montag, 27.01.2025, Rathaus,  
Friedrich-Ebert-Platz 1, 51373  
Leverkusen, 5. OG, Sitzungsraum  
Wupper (5.07)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

### Anwesend:

#### CDU

Liam Bunk

Michaela Di Padova

Tim Feister

Stv. Vorsitzender

Joshua Kraski

Christoph Meyer zu Berstenhorst

#### SPD

Lena Marie Angermann

Heike Bunde

Alexander Finke

Anwesend ab TOP 6, Vertretung für Rf.  
Sidiropulos

Mohammed Rifi

Anwesend bis TOP 5, Vertretung für Rf.  
Sidiropulos

Laura Rodriguez

Oliver Ruß

Vorsitzender

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zöhre Demirci

2. stv. Vorsitzende

David Dettinger

Dirk Udo Trapphagen

Anwesend bis TOP 5

#### BÜRGERLISTE

Ralf Peter Müller

#### OP

Stephan Adams

**AfD**

Patrick Ricardo Liese

**FDP**

Friedrich Busch

**DIE LINKE**

Keneth Dietrich

**Klimaliste Leverkusen**

Andreas Hollstein

**Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):**

Walter Fuchs-Stratmann

Diakonie

Petra Jennen

Arbeiterwohlfahrt

Bernhard Schuster

Behindertenbeirat

Carsten Wellbrock

Caritas

**Verwaltung:**

Alexander Lünenbach

Beigeordneter, Dez. III

Katrin Arndt

Dez. III (Bürger, Umwelt und Soziales)

Dr. Mirja Stevens

Medizinischer Dienst (53)

Guido Wielspütz

Soziales (50)

Jens Richter

Dez. III (Bürger, Umwelt u. Soziales)

Susann Peters

Dez. III (Bürger, Umwelt u. Soziales)

Jesper Goebel

Dez. III (Bürger, Umwelt u. Soziales)

Jaime Salecker

Soziales (50)

Sabine Prüfer

Soziales (50)

Cornelia Jürgens

Soziales (50)

**Schriftführung:**

Michael Högele

Soziales (50)

**Gäste:**

Herr Holtzmann

Diakonie

**Es fehlen:**

**SPD**

Regina Sidiropulos

**Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW**

Dina Elouriaghli

**Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):**

Reiner Mathes

Der Paritätische Wohlfahrtsverband

Dr. Josef Peters

Deutsches Rotes Kreuz

## Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>		<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung.....	5
2	Niederschriften .....	5
3	Bezahlkarte für Flüchtlinge .....	5
3.1	Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 06.02.2024 zum Antrag Nr. 2024/2691 - m. erg. Schreiben v. 21.02.2024 - m. Stn. v. 20.01.2025 - Nr.: 2024/2706.....	5
3.2	Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2024 - m. erg. Schreiben v. 21.02.2024 - m. Stn. v. 20.01.2025 - Nr.: 2024/2691.....	5
3.3	Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber – Einführung einer Bezahlkarte - Antrag der AfD-Fraktion vom 31.01.2024 - m. erg. Schreiben v. 21.02.2024 - m. Stn. v. 20.01.2025 - Nr.: 2024/2692.....	6
3.4	Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 24.01.2025 zu den Anträgen Nrn. 2024/2691, 2024/2692 und 2024/2706 - Nr.: 2025/3205 .....	6
4	Frauengesundheit als Kernaufgabe städtischer Daseinsvorsorge: Vorstellung von Pro Familia im Sozialausschuss und Aufnahme in die kommunale Gesundheitskonferenz - Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2024 - m. Stn. v. 23.01.2025 - Nr.: 2024/3160.....	10
5	Haushaltssicherungskonzept - Änderung eines Ratsbeschlusses (Finanzierung von Personalstellen für das Casemanagement bei drei Trägerinnen der Freien Wohlfahrtspflege) - m. Stn./erg. Schr. der Verwaltung v. 29.11.2024 - m. Erg. v. 10.12.2024 (nö) - Nr.: 2024/3092 ..	11
6	Haushaltssicherungskonzept - Änderung eines Ratsbeschlusses (Reduzierung der Mittel für die Quartiersarbeit Manfort/Alkenrath) - m. Stn. v. 20.01.2025 - Nr.: 2024/3097 .....	12
7	Beschäftigung von Asylbewerbern .....	14
7.1	Antrag der CDU-Fraktion vom 21.01.2025 - Nr.: 2025/3199 .....	14
7.2	Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 24.01.2025 zum Antrag Nr. 2025/3199 - Nr.: 2025/3202.....	14
8	Ausweitung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Gesetz über das Apothekerwesen mit der Stadt Köln - Nr.: 2024/3089 .....	16
	Bericht des Dezernenten .....	16
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 12/2024).....	16

## Öffentliche Sitzung

### 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), eröffnet die 22. Sitzung (19. TA) des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), verpflichtet Rh. David Dettinger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), seine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

Die SPD-Fraktion reicht kurzfristig den Änderungsantrag Nr. 2025/3205 vom 24.01.2025 zu den Anträgen Nrn. 2024/2691, 2024/2692 und 2024/2706 (TOP 3) und den Änderungsantrag Nr. 2025/3202 vom 24.01.2025 zum Antrag Nr. 2025/3199 (TOP 7) als Tischanträge ein.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über die Aufnahme der Anträge auf die Tagesordnung abstimmen.

dafür: 16 (5 SPD, 5 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE, 1 OP, 1 AfD)

dagegen: 3 (1 BÜRGERLISTE, 1 FDP, 1 Klimaliste Leverkusen)

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt den Tischantrag Nr. 2025/3205 der SPD-Fraktion auf Punkt 3.4 und den Tischantrag Nr. 2025/3202 der SPD-Fraktion auf Punkt 7.2 der Tagesordnung setzen.

### 2 Niederschriften

Die Niederschrift zur 21. Sitzung (19. TA) des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren vom 18.11.2024 wird zur Kenntnis genommen.

### 3 Bezahlkarte für Flüchtlinge

- 3.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 06.02.2024 zum Antrag Nr. 2024/2691  
- m. erg. Schreiben v. 21.02.2024  
- m. Stn. v. 20.01.2025  
- Nr.: 2024/2706

- 3.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2024  
- m. erg. Schreiben v. 21.02.2024  
- m. Stn. v. 20.01.2025  
- Nr.: 2024/2691

- 3.3 Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber – Einführung einer Bezahlkarte  
- Antrag der AfD-Fraktion vom 31.01.2024  
- m. erg. Schreiben v. 21.02.2024  
- m. Stn. v. 20.01.2025  
- Nr.: 2024/2692
- 3.4 Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 24.01.2025 zu den Anträgen Nrn. 2024/2691, 2024/2692 und 2024/2706  
- Nr.: 2025/3205

Die SPD-Fraktion reicht kurzfristig den Änderungsantrag Nr. 2025/3205 vom 24.01.2025 zu den Anträgen Nrn. 2024/2691, 2024/2692 und 2024/2706 (TOP 3) und den Änderungsantrag Nr. 2025/3202 vom 24.01.2025 zum Antrag Nr. 2025/3199 (TOP 7) als Tischanträge ein. Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über die Aufnahme der Anträge auf die Tagesordnung abstimmen.

dafür: 16 (5 SPD, 5 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE, 1 OP, 1 AfD)  
dagegen: 3 (1 BÜRGERLISTE, 1 FDP, 1 Klimaliste Leverkusen)

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt den Tischantrag Nr. 2025/3205 der SPD-Fraktion unter TOP 3.4 auf die Tagesordnung setzen.

Alle Anträge des TOP 3 „Bezahlkarte für Flüchtlinge“ werden gemeinsam beraten.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), erteilt den antragsstellenden Fraktionen das Wort, damit sie ggfs. weitere Erläuterungen zu Ihren Anträgen vorbringen können.

Herr Busch (FDP) hat nichts zum Antrag der FDP-Fraktion hinzuzufügen.

Rh. Feister (CDU) erklärt, dass die Bezahlkarte von der CDU-Fraktion begrüßt wird, da sie Transparenz schafft und lediglich als pragmatisches Instrument der bargeldlosen Zahlung dient. Der Fokus liegt auf der praktischen Nutzung der Karte.

Herr Liese (AfD) hat nichts zum Antrag der AfD-Fraktion hinzuzufügen.

Frau Angermann (SPD) verweist auf eine mögliche Diskriminierung durch die Erkennbarkeit als Bezahlkarte für Flüchtlinge. Zudem würden Gebühren bei Transaktionen mit der Karte erhoben und Bargeldauszahlungen seien eingeschränkt. Die Nutzung sei daher weniger praktisch als gewöhnliche Girokarten. Zudem gäbe es lange Wartezeiten für eine Ersatzkarte, sollten Defekte oder Probleme mit der Bezahlkarte auftreten. Die SPD-Fraktion ist daher für die Opt-Out Regelung.

Frau Bürgermeisterin Demirci (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, in der die Nutzung der Opt-Out Regel empfohlen wird. Die Stellungnahme zeigt zudem Probleme beim Umgang mit der Karte auf, da die Verwaltung einen erhöhten Kosten- und Personalaufwand erwartet. Außerdem besteht durch Girokarten als bargeldlose Bezahloption bereits ein funktionierendes System in Leverkusen, da 97 % der Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die Girokarte nutzen.

Rh. Dietrich (DIE LINKE) bezeichnet die Bezahlkarte als menschenverachtend und beschreibt die Einführung als Schaffung von Doppelstrukturen. Der Antrag der CDU-Fraktion würde ein grundlegendes Misstrauen gegenüber den Leistungsbeziehern vermitteln.

Rh. Adams (OP) drückt seine Irritation durch das Einbringen des Änderungsantrags der SPD-Fraktion als Tischantrag aus. Er spricht sich für eine Vertagung aller Unterpunkte in den nächsten Turnus aus.

Rh. Feister (CDU) widerspricht der Darstellung, dass die Sichtbarkeit der Karte mit Diskriminierung gleichzusetzen ist. Es handele sich dabei um eine gewöhnliche Karte, die von anderen Bezahlkarten kaum bis gar nicht zu unterscheiden sei. Gebühren auf Zahlungen sollten in der finalen Version der Bezahlkarte abgeschafft werden, dies gilt es zu prüfen. Die CDU-Fraktion betrachtet die Bezahlkarte als Integrationsmittel, welches rechtlich geprüft und gesetzlich verabschiedet wurde. Zudem führt eine Abweichung vom gewählten Verfahren der Landesregierung zur Schaffung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft unter Geflüchteten, da die in der Landesunterkunft Auermühle untergebrachten Geflüchteten vom Land NRW mit der Bezahlkarte ausgestattet werden, während alle anderen Geflüchteten im Stadtgebiet über andere Zahlungsmittel verfügen könnten. Rh. Feister (CDU) bekräftigt deshalb die Position der CDU-Fraktion für die Einführung der Bezahlkarte in Leverkusen.

Rh. Dettinger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Opt-Out Regel stimmen wird.

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) erklärt, dass die Einführung der Bezahlkarte in NRW als Pilotprojekt in den Landesunterkünften erfolgt. Zum jetzigen Zeitpunkt sind noch nicht alle Funktionalitäten der Karte freigeschaltet. Die Nutzung der Opt-Out-Regelung bei der Einführung der Bezahlkarte erfordert einen Ratsbeschluss. Es besteht ein Zeitfenster für die Entscheidung bis Ende dieses Jahres. Eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt gegen die Einführung der Bezahlkarte ist reversibel, da eine Rückkehr zur Einführung der Karte auch zu einem späteren Zeitpunkt noch möglich ist.

Frau Bürgermeisterin Bunde (SPD) bemerkt, dass sich die Diskussion um die Einführung der Bezahlkarte bereits zu lange hinzieht. Die Haushaltslage und der bürokratische Aufwand für die Verwaltung sprechen gegen die Einführung. Außerdem besteht bereits ein unbürokratisches und diskriminierungsfreies Bezahlsystem über Girokarten. Letztendlich geht es um drei Prozent der Asylbewerber, die laut Stellungnahme der Verwaltung über kein Konto

verfügen. Der Aufwand einer flächendeckenden Einführung der Bezahlkarte, um letztendlich die restlichen Asylbewerber mit Karten auszustatten, übersteigt den Nutzen. An dieser Stelle sollte der Verwaltung der finanzielle Aufwand und der zusätzliche Personalaufwand erspart werden.

Herr Busch (FDP) weist die Einschätzung eines erheblichen bürokratischen Aufwands zurück. Die Bezahlkarte wurde bereits in Bayern eingeführt und nach seiner Recherche besteht dadurch dort kein bürokratischer Aufwand. Allerdings sind im Konzept der Landesregierung noch viele Fragen offen. Die Einführung der Karte in allen Landeseinrichtungen erfolgt bis März dieses Jahres, dann folgen die Kommunen, die sich für eine Einführung entschieden haben. Die ersten Ergebnisse vom Land und den Kommunen sollten abgewartet werden, erst dann könne man eine Aussage zu dem bürokratischen Aufwand treffen.

Rh. Feister (CDU) fragt, ob die Verwaltung bereits an Informationsveranstaltungen zur Einführung der Bezahlkarte teilgenommen hat.

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) erklärt, dass die Verwaltung an Informationsveranstaltungen teilnimmt und die Einführung der Bezahlkarte in den Landeseinrichtungen beobachten und erste Erkenntnisse daraus ziehen wird. Die Verwaltung geht davon aus, dass der bürokratische Aufwand erheblich erhöht sein dürfte, konkrete Erfahrungen gibt es hierzu jedoch noch nicht. Laut Einschätzung der Verwaltung werden die Kosten für die erforderlichen Fachverfahren und die zusätzlichen Personalkosten nicht vom Land finanziert, sondern belasten die Kommune zusätzlich.

Bisher wurden erst einzelne Unterkünfte des Landes mit der Bezahlkarte ausgestattet. Der Zahlungsverkehr mit der Karte funktioniert, aber andere Beschränkungen müssen erst noch programmiert werden. Ein möglicher Mehraufwand durch die Bezahlkarte ergibt sich allein schon aus der Tatsache, dass es in Leverkusen bereits ein funktionierendes System mittels der Girokarte der Sparkasse Leverkusen gibt.

Rh. Dietrich (DIE LINKE) merkt an, dass Schätzungen der zu erwartenden Kosten für die Beratungen im Finanz- u. Digitalisierungsausschuss hilfreich wären.

Herr Busch (FDP) verweist darauf, dass der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren lediglich ein Vorentscheidungsgremium ist und die finale Entscheidung an anderer Stelle erfolgen wird.

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) ergänzt, dass der Beschluss über die Einführung der Bezahlkarte im Rat gefasst wird und bis dahin die Verwaltung im weiteren Verlauf die Kosten für die Einführung benennen wird. Dies sei zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht möglich.

Zum Abschluss der Diskussion stellt Rh. Adams (OP) einen Vertagungsantrag zu allen Unterpunkten in den nächsten Turnus.



Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über den Vertagungsantrag aller Unterpunkte zu TOP 3 in den nächsten Turnus abstimmen.

dafür: 1 (OP)  
dagegen: 17 (5 SPD, 5 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 AfD, 1 FDP,  
1 Klimaliste Leverkusen)  
Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), über die einzelnen Anträge des TOP 3 abstimmen:

Rh. Feister (CDU) regt an, den ersten Beschlusspunkt aus dem Antrag der FDP-Fraktion zu entfernen. Unter dieser Voraussetzung würde die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmen. Herr Busch (FDP) willigt ein.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt sodann über den Änderungsantrag Nr. 2024/2706 der FDP-Fraktion (TOP 3.1) ohne Beschlusspunkt 1 abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit vorgenannter Änderung

dafür: 8 (5 CDU, 1 OP, 1 AfD, 1 FDP)  
dagegen: 11 (5 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE,  
1 DIE LINKE, 1 Klimaliste Leverkusen)

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt nunmehr über den Antrag der CDU-Fraktion Nr. 2024/2691 (Top 3.2) abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 7 (5 CDU, 1 AfD, 1 FDP)  
dagegen: 11 (5 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE,  
1 DIE LINKE, 1 Klimaliste Leverkusen)  
Enth.: 1 (OP)

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt nunmehr über den Antrag der AfD-Fraktion Nr. 2024/2692 (TOP 3.3) abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (AfD)  
dagegen: 18 (5 CDU, 5 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 DIE LINKE, 1 OP, 1 FDP, 1 Klimaliste Leverkusen)

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion Nr. 2025/3205 (TOP 3.4) abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 10 (5 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE, 1 Klimaliste Leverkusen)  
dagegen: 7 (5 CDU, 1 AfD, 1 FDP)  
Enth.: 2 (1 OP, 1 BÜRGERLISTE)

- 4 Frauengesundheit als Kernaufgabe städtischer Daseinsvorsorge: Vorstellung von Pro Familia im Sozialausschuss und Aufnahme in die kommunale Gesundheitskonferenz  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 19.11.2024  
- m. Stn. v. 23.01.2025  
- Nr.: 2024/3160

Herr Kraski (CDU) erläutert den Antrag und bittet um Unterstützung.

Frau Bürgermeisterin Demirci (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmt Herrn Kraski (CDU) zu und befürwortet beide Punkte des Antrages.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt Pro Familia Leverkusen für eine Vorstellung und einen Austausch in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren einzuladen.

2. Pro Familia wird angeboten, Teil der kommunalen Gesundheitskonferenz zu werden.

dafür: 17 (4 SPD, 5 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 AfD, 1 FDP, 1 DIE LINKE)  
Enth.: 1 (Klimaliste Leverkusen)

Frau Angermann (SPD) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

- 5 Haushaltssicherungskonzept - Änderung eines Ratsbeschlusses  
(Finanzierung von Personalstellen für das Casemanagement bei drei Trägerinnen der Freien Wohlfahrtspflege)  
- m. Stn./erg. Schr. der Verwaltung v. 29.11.2024  
- m. Erg. v. 10.12.2024 (nö)  
- Nr.: 2024/3092

Frau Bürgermeisterin Demirci (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßt das Szenario 2 der Stellungnahme der Verwaltung.

Rh. Adams (OP) spricht sich dagegen aus, Beschlüsse über soziale Maßnahmen durch Vorlagen der Verwaltung aufzuheben.

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) erläutert, dass zur Sicherung der Maßnahme mindestens 5 Stellen gesichert werden müssten. Grundsätzlich geht es nicht darum, ob ein Kommunales Integrationsmanagement (KIM) gebraucht wird oder nicht, sondern inwieweit eine weitere finanzielle Förderung stattfinden kann, wenn eine Vollfinanzierung durch die Stadt Leverkusen nicht möglich ist. Angestrebt ist eine Kostensenkung bei gleichzeitiger Sicherung der Maßnahme, was durch Szenario 2 ermöglicht wird. Inzwischen gibt es bei allen Trägern einheitliche Werte und deshalb eine absolute Vergleichbarkeit.

Herr Busch (FDP) betont die Wichtigkeit eines Casemanagements, da auf diesem Wege mögliche psychische Probleme von Asylsuchenden frühzeitig erkannt und behandelt werden können und dadurch präventiv möglichen Gefahren entgegengewirkt wird. Er spricht sich ebenfalls für Szenario 2 aus.

Rh. Feister (CDU) nimmt Bezug auf das ergänzende Schreiben der Verwaltung und stellt die Frage um wie viele Stellen es sich insgesamt handelt.

Frau Peters (Dez. III) erklärt, dass es sich um bis zu neun Stellen handelt, wobei hiervon bis zu sechs Stellen auf die Träger entfallen und drei Stellen bei der Verwaltung angesiedelt sind.

Rh. Feister (CDU) erklärt daraufhin die Zustimmung der CDU-Fraktion zu Szenario 2.

Rf. Rodriguez (SPD) teilt mit, dass die SPD-Fraktion ebenfalls Szenario 2 befürwortet.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über Szenario 2 aus der Stellungnahme der Verwaltung abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Änderung des Ratsbeschlusses gem. Szenario 2 aus der Stellungnahme der Verwaltung.

dafür: 15 (5 SPD, 5 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGER-  
LISTE, 1 FDP)  
dagegen: 2 (1 DIE LINKE, 1 Klimaliste Leverkusen)  
Enth.: 2 (1 OP, 1 AfD)

6

Haushaltssicherungskonzept

- Änderung eines Ratsbeschlusses (Reduzierung der Mittel für die Quartiersarbeit Manfort/Alkenrath)

- m. Stn. v. 20.01.2025

- Nr.: 2024/3097

Rh. Feister (CDU) teilt mit, dass die Quartiersarbeit im gesamten Gebiet der Stadt Leverkusen wichtig und aus Sicht der CDU-Fraktion deshalb die Weiterführung in den Stadtteilen Manfort und Alkenrath notwendig ist. Die CDU-Fraktion ist deswegen gegen eine Änderung des Ratsbeschlusses.

Frau Bürgermeisterin Demirci (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert, dass die Quartiersarbeit in Manfort und Alkenrath einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität liefert und zu besseren Teilhabechancen in den Stadtteilen führt. Die Quartiersarbeit und die Nachbarschaftshilfe bilden zusammen wichtige Bausteine für die Integrationsarbeit. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt deshalb den Beschluss der Task Force zur Kürzung der Fördersumme auf 100.000 € ab, würde aber im Hinblick auf die aktuelle Haushaltslage der angepassten Vorlage der Verwaltung zustimmen.

Herr Busch (FDP) findet, dass die in der Stellungnahme der Verwaltung vorgeschlagene Reduzierung als Kompromiss grundsätzlich machbar ist. Er würde jedoch die Beibehaltung des Status Quo befürworten, da die Quartiersarbeit wichtig ist.

Rh. Adams (OP) spricht sich gegen jegliche Kürzung aus. Die Stadtteile benötigen Quartiersarbeit, der Beschluss sollte deshalb nicht geändert werden.

Rh. Feister (CDU) fragt Herrn Holtzmann (Diakonie), ob die Maßnahme nach der vorgeschlagenen Kürzung überhaupt noch zielführend wäre.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD) erteilt daraufhin Herrn Holtzmann (Diakonie) das Wort. Dieser erklärt, dass eine Reduzierung der Mittel auf 138.000,00 € knapp kalkuliert ist, aber man mit den Geldern hinkommen würde, allerdings müsste dann die zum Teil nach § 16 SGB II geförderte Stelle des Quartiershausmeisters wegfallen. Sollte der Status Quo beibehalten werden, könnte der im Frühjahr auslaufende Vertrag mit dem Quartiershausmeister jedoch verlängert werden.

Rh. Feister (CDU) ist wegen Wegfall der Stelle des Quartiershausmeisters bei Kürzung der Mittel auf 138.000,00 € für eine Ablehnung der Vorlage, da dies eine Erhaltung des Status Quo bedeutet.

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) erklärt, dass in der von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzung auf 138.000,00 € die Stelle des Quartiershausmeisters nicht berücksichtigt wurde. Diese wurde bisher durch das Jobcenter gefördert, die Stadt Leverkusen hat sich lediglich mit 4.000,00 € finanziell an dieser Stelle beteiligt.

Herr Holtzmann (Diakonie) erläutert, dass die Maßnahme vom Jobcenter verlängert werden kann, die Förderung würde sich jedoch von 30% auf 20% reduzieren, weshalb sich der Fehlbetrag entsprechend erhöhen würde. Dies ließe sich nicht durch die bisherige finanzielle Beteiligung der Stadt Leverkusen in Höhe von 4.000,00 € auffangen.

Rh. Dettinger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht sich für eine Reduzierung der Mittel entsprechend dem Vorschlag in der Stellungnahme der Verwaltung aus.

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) betont nochmals, dass die Verwaltung eine Reduzierung der finanziellen Mittel auf rund 138.000 € empfiehlt. Er verweist darauf, dass die Stelle des Quartiershausmeisters bisher nicht Bestandteil der Diskussion innerhalb der Verwaltung zu der Reduzierung der finanziellen Mittel in dieser Höhe gewesen ist. Über die Zukunft der Stelle des Quartiershausmeisters müsse man sich separat austauschen.

Rh. Feister (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion eine Kürzung der Mittel nach wie vor ablehnt. Bei einer Ablehnung im Ausschuss für Soziales und Gesundheit bleibt noch genügend Zeit, dass die Verwaltung bis zur nächsten Ratssitzung noch mehr Informationen zusammenstellen und auch eine Stellungnahme zu den finanziellen Auswirkungen für die Stadt Leverkusen bei einer weiteren Förderung der Stelle des Quartiershausmeisters abgeben kann.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD) lässt über die Änderung eines Ratsbeschlusses gem. Beschluss der Task Force abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage gem. Beschluss der Task Force

dafür: 1 (AfD)

dagegen: 15 (5 SPD, 5 CDU, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 FDP, 1 DIE LINKE,  
1 Klimaliste Leverkusen)

Enth.: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- 7 Beschäftigung von Asylbewerbern
- 7.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 21.01.2025  
- Nr.: 2025/3199

- 7.2 - Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 24.01.2025 zum Antrag  
- Nr.: 2025/3199  
- Nr.: 2025/3202

Die SPD-Fraktion reicht kurzfristig den Änderungsantrag Nr. 2025/3205 vom 24.01.2025 zu den Anträgen Nrn. 2024/2691, 2024/2692 und 2024/2706 (TOP 3) und den Änderungsantrag Nr. 2025/3202 vom 24.01.2025 zum Antrag Nr. 2025/3199 (TOP 7) als Tischanträge ein. Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über die Aufnahme der Anträge auf die Tagesordnung abstimmen.

dafür: 16 (5 SPD, 5 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 DIE LINKE,  
1 OP, 1 AfD)  
dagegen: 3 (1 BÜRGERLISTE, 1 FDP, 1 Klimaliste Leverkusen)

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD); lässt den Tischantrag der SPD-Fraktion unter TOP 7.2 auf die Tagesordnung setzen.

Die Anträge des TOP 7 „Beschäftigung von Asylbewerbern“ werden gemeinsam beraten.

Herr Kraski (CDU) erläutert, dass Fördern und Fordern für einen Integrationserfolg nötig ist und sich das am besten in Netzwerken realisieren lässt. Hierfür braucht es jedoch auch ein Angebot. Die CDU-Fraktion beauftragt die Verwaltung, ein Gesamtkonzept zur Beschäftigung von Asylbewerbern zu entwickeln.

Herr Busch (FDP) kritisiert das Bild, welches hier von Asylbewerbern gezeichnet wird und lehnt den Antrag der CDU-Fraktion daher ab. Das Asylbewerbergesetz müsse überarbeitet werden. Er bemerkt, dass es die Rechtsnorm des § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes bereits seit 30 Jahren gibt und die meisten Kommunen nicht darauf zurückgreifen. Es benötigt eine Strategie, die auf die Herausforderungen von Asylbewerbern eingeht und somit die Integration fördert.

Rf. Rodriguez (SPD) teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion vom Antrag der CDU distanziert und verweist auf den sozialen Ansatz des kurzfristig eingebrachten Tischantrags ihrer Fraktion und bittet um dessen Zustimmung.

Herr Kraski (CDU) betont, dass es im Antrag seiner Fraktion um die Erarbeitung eines Konzepts geht, welches förderlich für die Integration von Asylbewerbern sei.

Frau Angermann (SPD) widerspricht und sieht darin einen Zwang zur Arbeit zu einem sehr geringen Stundensatz. Eine Ablehnung dieser Bedingungen würde zu einer Streichung von Leistungen führen. Die SPD-Fraktion fordert stattdessen mehr Förderung durch Zusammenarbeit mit der JSL und dem Angebot von Sprachkursen.

Rh. Adams (OP) teilt mit, dass sich mit der Stellungnahme der Verwaltung aus seiner Sicht beide Anträge erledigt haben.

Frau Bürgermeisterin Demirci (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmt Rh. Adams (OP) zu. Sie erläutert, dass die Problemstellungen von Flüchtlingen sehr divers sind. Sie ist dafür, Möglichkeiten zur Integration und gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen und anzubieten. Die Herausforderung liegt darin, ein differenziertes Integrationskonzept hierfür zu erarbeiten.

Rh. Feister (CDU) stimmt Frau Bürgermeisterin Demirci (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu. Ziel sei es, die Integration voranzutreiben und keine bloße Verpflichtung zur Arbeit von Asylbewerbern. Die Punkte 1. und 3. im Antrag seiner Fraktion beziehen sich lediglich auf Informationen der Verwaltung. Punkt 2. bezieht sich auf die Erarbeitung eines Konzepts der Verwaltung zur Beschäftigung von Asylbewerbern. Laut Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag befasst diese sich bereits damit. Der Spracherwerb ist als Schlüssel zur Integration zu sehen. Allein durch Sprachkurse lässt sich dies aber nicht optimal realisieren und daher ist eine zusätzliche Beschäftigung das ideale Instrument zur Förderung der Integration.

Rh. Adams (OP) stellt einen Antrag auf Beendigung der Debatte.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über diesen Antrag abstimmen:

dafür: 11 (4 SPD, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE,  
1 OP, 1 AfD, 1 DIE LINKE, 1 Klimaliste Leverkusen,)  
dagegen: 7 (1 SPD, 5 CDU, 1 FDP)

Anschließend regt Rh. Adams (OP) an, darüber abzustimmen, dass sich die beiden gestellten Anträge durch die Stellungnahme der Verwaltung bereits erledigt haben.

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), entsprechend hierüber abstimmen:

dafür: 12 (5 SPD, 2 Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 OP,  
1 FDP, 1 DIE LINKE, 1 Klimaliste Leverkusen)  
dagegen: 6 (5 CDU, 1 AfD)

- 8 Ausweitung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Gesetz über das Apothekerwesen mit der Stadt Köln  
- Nr.: 2024/3089

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

- einstimmig

Bericht des Dezernenten

Es wird kein Bericht abgegeben.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 12/2024)

Es werden keine Zusatzanfragen gestellt.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), schließt die Sitzung gegen 18:30 Uhr.

gez.

---

Rh. Oliver Ruß  
Vorsitzender

gez.

---

Michael Högele  
Schriftführer